

Lehrerschaft wehrt sich gegen Verlust der Bildungsqualität

Der Schweizer Lehrerverband hat die jährlichen «Feuerwehübungen» wegen des Lehrkräftemangels satt. In mehreren Kantonen geht er darum mit Initiativen gegen den Qualitätsverlust in der Bildung vor.

von Max Mohn

Am Personalmangel in den Schulen wird sich so schnell nichts ändern, wie Dagmar Rösler, die Zentralpräsidentin von Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), am Donnerstag vor den Medien in Bern sagte. Bis 2030 dürften die Schülerinnen- und Schülerzahlen um acht bis elf Prozent wachsen. Mit dem Aktionsplan Bildungsqualität wollen der LCH und vorerst neun Deutschschweizer Kantonalverbände eine Kampagne gegen die prekäre Lage starten. Später werden die Westschweiz und das Tessin dazustossen. Bestärkt in ihren Plänen sehen sich die Verbände durch eine Umfrage des Instituts Sotomo, wonach die Bevölkerung die Bildung hochhält.

Immer mehr Kantone füllten Personallücken mit Personen ohne Lehrerdiplom, kritisierte der LCH. «Das darf nicht zum Dauerzustand werden», warnte Stefan Wittwer, Geschäftsführer des Lehrpersonalverbands Bildung Bern. Für das Unterrichten sei eine pädagogische Ausbildung bei aller Wertschätzung für die Undiplomierten zwingend, sollten Kinder und Jugendliche die bestmögliche Ausbildung erhalten.

Kantone sind im Visier

Da die Bildung Kantonssache ist, setzt der Aktionsplan dort an. In den Kantonen Aargau, Bern und Zug lancieren die Lehrerverbände Initiativen. Die Unterschriftensammlungen sollen nach Neujahr starten. In weiteren Kantonen laufen derzeit Abklärungen.

Die drei bereits bekannten Initiativen zielen in die gleiche Richtung. So sollen Lehrkräfte ohne Diplom zur Ausbildung verpflichtet werden. Wie Kathrin Scholl vom Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverband erklärte, müsste der jeweilige Kanton dabei den Lohnausfall in geeigneter Weise abfedern. Weitere zentrale Punkte sind die Entlastung von administrativen Arbeiten, eine Stärkung der Klassenlehrerinnen und -lehrer, mehr Unterstützung bei der gezielten Förderung, kleinere Klassen sowie mehr Ausbildungsplätze.

Unter den Kantonen mit bereits konkreten Vorschlägen ist auch Graubünden. Der dortige Verband Lehrpersonen Graubünden setzt auf eine Petition gegen die in die Vernehmlassung geschickte Revision des Schulgesetzes, wie Geschäftsführer Jöri Schwärzel sagte. Der Verband bekämpft dabei Pläne der Regierung zur Erteilung unbefristeter Lehrberechtigungen an Personen ohne Lehrerdiplom.

Zudem will die Regierung Heilpädagogikstunden und nach Jahrgang getrennte Nachmittage im Kindergarten streichen. Letzteres würde das Pensum der Kindergärtnerinnen von 100 auf 83 Prozent senken, erklärte Schwärzel.

Keine nationale Bildungsinitiative

Dass der LCH nicht analog zur erfolgreichen Pflegeinitiative eine landesweite Bildungsinitiative startet, erklärte Rösler mit den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Kantonen.

Schwärzel illustrierte das an Graubünden: Der Lehrerinnen- und Lehrermangel sei zwar weniger ausgeprägt als andernorts. Bei den Lehrkräften in italienischer Sprache und in den fünf rätoromanischen Idiomen sei die Lage hingegen dramatisch.

Neben den drei kantonalen Initiativen und der Petition von LCH sind im Rahmen des Aktionsplans verschiedenste Vorstösse und Aktionen möglich, wie Zentralpräsidentin Rösler sagte. Ganz im Sinne der auf die Kantone konzentrierten Strategie würden sie individuell ausfallen.

Die Initiativen haben zum Ziel, dass Lehrkräfte ohne Diplom zur Ausbildung verpflichtet werden sollen.

Wenig Lehrpersonen dafür immer mehr Kinder: Laut Prognosen wächst die Anzahl der Schülerinnen und Schüler bis zum Jahr 2030 um bis zu elf Prozent. Bild Peter Schneider / Keystone